

Antrag der Fraktion der CDU

Stärkung der Resilienz unserer wehrhaften Demokratie angesichts der russischen Aggression – uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine!

Nach der Corona-Pandemie zeigt sich im Zuge des Überfalls von Putin-Russland auf die Ukraine abermalig, dass die deutsche Staatlichkeit auf krisenhafte Ereignisse und Entwicklungen nur unzureichend vorbereitet ist. So völlig unterschiedlich die dadurch verursachten Herausforderungen auch sind: Das Vertrauen in den jederzeit handlungsfähigen und widerstandsfähigen Staat ist erschüttert und muss zurückgewonnen werden. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft. Und dabei tragen wir nicht nur eine Verantwortung für uns selbst. Eingebunden in internationale Bündnisse und Allianzen haben insbesondere unsere europäischen Partner Anspruch auf wirkungsvolle Unterstützung aus Deutschland. Auch Bremen will und wird dazu einen Beitrag leisten, um unsere Werteordnung zu behaupten und den Frieden in Freiheit zu sichern.

Putins verbrecherisches militärisches Abenteuer ist ein Anschlag auf den Frieden in Europa und der Welt, unter dem zuerst die Menschen in der Ukraine zu leiden haben. Sie haben jeden Anspruch auf unsere tätige Solidarität. Als Bremer werden wir im Rahmen dessen, was wir selbst tun können unterstützen: Dieses betrifft z.B. potentiell die Aufnahme von Flüchtlingen oder die finanzielle Beteiligung an der Beseitigung von Kriegsfolgen. An vielen Orten dieser Welt, insbesondere auch in Europa, in Deutschland und auch im Bundesland Bremen haben viele Menschen in Demonstrationen, Kundgebungen oder Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht: Ihr seid nicht allein. Demokratie und Frieden gehören zusammen und sind das stärkere Signal. Unser Engagement richtet sich nicht gegen Russland, sondern gegen den Kriegsverbrecher Putin und eine Clique von Oligarchen und Günstlingen, die vom Krieg profitieren und ihre Machtstrukturen durch Autokratie nach innen und Restauration längst vergangener Großmachtsansprüche nach außen sichern wollen. Aber sie täuschen sich: Die Demokratien Europas und der Welt haben sich als gemeinschaftlich handlungsfähig erwiesen und werden sich mit dem ukrainischen Volk gegen Gewalt, Zerstörung, Unterdrückung und Vertreibung wenden. Menschenrechte, Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Selbstbestimmung sind nicht verhandelbar.

Zu Recht ist nach der militärischen Aggression Russlands gegen einen europäischen Staat von Zäsur und Zeitenwende mit der dringenden Notwendigkeit zum Umdenken gesprochen worden. Wichtig ist deshalb nun eine Politik, die sowohl Panikmache und Aktionismus als auch Lethargie oder ‚Weiter-So‘ vermeidet, sondern nachhaltig einen neuen Realismus in politisches Handeln umsetzt. Dazu müssen Aspekte der Sicherheit, der Widerstandsfähigkeit, der Durchhaltefähigkeit und der gemeinschaftlichen Unterstützung in allen Bereichen staatlichen Handelns mehr als bisher berücksichtigt werden. Diese Diskussionen um die Kernaufgabe des Staates und die notwendige Neuorientierung politischer Positionen oder Prioritätensetzungen müssen auch in Bremen (vorbehaltsloser als bisher) geführt werden.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag),

1. begrüßt die durch den Senat erklärte Bereitschaft Bremens, Flüchtlinge aus der Ukraine in unserem Bundesland aufzunehmen und willkommen zu heißen. Sie weiß sich mit der Bevölkerung Bremens und Bremerhavens einig, dass dieses der momentan wichtigste Teil unserer Verantwortung ist, das Leid aus Kriegsgebieten vertriebener Menschen zu lindern. Sie erklärt die Bereitschaft, hierzu ggf. zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen;

2. unterstützt die national und im europäischen Rahmen beschlossenen und auf den Weg gebrachten Sanktionen gegen Russland und insbesondere die, die sich gegen verantwortliche Personen richten. Ihr ist bewusst, dass die Sanktionen nur ‚auf Strecke‘ Wirkung entfalten und ggf. einen langen Atem erfordern. Wir empfinden sie als Teil unserer Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, die Leid, Tod, Verwundung, Trennung, Zerstörung und Vertreibung zu ertragen haben. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht es als Teil ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung an, die Notwendigkeit der Sanktionen auch dort zu kommunizieren, wo sie ggf. Rückwirkungen auf uns in Deutschland und regional in Bremen und Bremerhaven haben könnten;

3. teilt die in der Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 geäußerte Auffassung, dass die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gestärkt werden muss. Sie empfindet es einerseits als dringend notwendiges und richtiges Signal, für zusätzliche Investitionen in die Sicherheit Deutschlands 100 Milliarden Euro mobilisieren und den Verteidigungsetat auf (über) 2% des Bruttoinlandproduktes dauerhaft steigern zu wollen. Sie sieht es andererseits als wichtige Botschaft an unsere Bündnispartner in Europa und der Welt, insbesondere aber an Polen und die baltischen Staaten. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet die Unterstützung Bremens, wenn die gesetzgeberische oder politische Unterstützung unseres Bundeslandes erforderlich ist;

4. hält die als Ultima Ratio von der Bundesregierung zur Selbstverteidigung genehmigten Waffenlieferungen an die Ukraine für gerechtfertigt und hat Verständnis für die Entscheidung der Europäischen Kommission, erstmals und ausnahmsweise Waffen zu finanzieren.

5. bekräftigt ihre Auffassung, dass Sicherheit nach außen und innen zukünftig in einem umfassenden und nur gemeinschaftlich-europäischen Maßstab zu realisieren sein wird. Glaubwürdiger militärischer Abschreckung muss immer auch das Angebot des friedlichen Miteinanders, des Dialogs, der gemeinsamen Sicherheit und der Zusammenarbeit gegenübergestellt werden. Bremen wird sich auf allen Ebenen seines Einflusses für eine verstärkte Sicherheitspartnerschaft in Europa einsetzen, die gleichzeitig auf Stärke und Kooperation setzt;

6. setzt sich im Bund und in der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern für eine stärkere Unabhängigkeit Deutschlands von internationalen Zulieferungen und Rohstoffen ein. Der Energiebereich steht nach ihrer Auffassung beispielhaft dafür, dass die staatliche Verantwortung und das staatliche Engagement für die Daseinsvorsorge z.B. durch nachhaltige Entwicklung und Bevorratung eigener Ressourcen gestärkt werden muss. Die Bürgerschaft (Landtag) bietet an, in die Überlegungen bei Bedarf auch die Kompetenz und Infrastruktur der Häfen in Bremerhaven und Bremen einzubeziehen;

7. beteiligt sich an einer Diskussion über eine allgemeine Dienstpflicht aller in Deutschland im Alter von 18 – 25 Jahren lebenden Menschen, die wahlweise im militärischen oder in sozialen Bereichen geleistet werden könnte. Auch die deutliche Ausweitung und Attraktivierung bestehender Freiwilligen-Dienste wäre eine Alternative, die als Möglichkeit in einem umfassenden Meinungsbildungsprozess zu thematisieren wäre. In jedem Falle würde dieses nicht nur den Bedarf dringend benötigter personeller Ressourcen helfen zu decken, sondern wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Verantwortung der Menschen für das Gemeinwohl, zur Integration und Inklusion, aber auch zur individuellen Weiterqualifizierung.

8. dankt allen in Parteien, Gewerkschaften, Sport, Kirchen und anderen Initiativen und Organisationen, die ihre Unterstützung und Solidarität in Demonstrationen, Veranstaltungen, Gebeten, Boykottmaßnahmen oder anderen Formen gegenüber den Menschen in der Ukraine zum Ausdruck gebracht haben. In diesen Dank schließen wir nicht nur die Menschen in den

anderen Städten Deutschlands, Europas und der Welt ein, die ihren Protest gegen den Kriegstreiber Putin eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht haben, sondern insbesondere auch die Menschen in Russland, die staatlicher Repression, Willkür und Bedrohung trotzten und für Frieden und Freiheit öffentlich eintraten. Besonderer Dank gilt auch allen, die in vielfältigen Initiativen Spenden für Geflüchtete mobilisieren oder Menschen in der Ukraine bei der Bewältigung ihrer Schicksale Hilfe zuteilwerden lassen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge ferner beschließen:

II. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die gemeinsam mit den Kommunen laufende Überprüfung von Strukturen, Kommunikation und Organisation des Katastrophenschutzes zu erweitern, und, wo zusätzlich notwendig, um eine Überprüfung der Zivilschutzvorkehrungen in Bremen und Bremerhaven zu ergänzen. In diese Diskussion sollen auch die Hilfsorganisationen und relevante Einrichtungen der Zivilgesellschaft einbezogen werden;

2. in jedem Senatsressort eine Sicherheitsbeauftragte oder einen Sicherheitsbeauftragten vorzusehen, die Maßnahmen und Vorbereitungen für Krisenfälle fachlich koordinieren, als Ansprechpartner fungieren und dem Aspekt der Sicherheit in der Ressortpolitik Geltung verschaffen. Die Konferenz dieser Sicherheitsbeauftragten soll Senat und Bürgerschaft jährlich den Stand, aber auch die Notwendigkeiten und Bedarfe zu allen Aspekten der Sicherheit mitteilen;

3. Kriminalitätsphänomenen mit internationalem Maßstab im Rahmen seiner Verantwortung mehr als bisher Beachtung zukommen zu lassen. Der Durchsetzung der Sanktionen kommt größte Bedeutung zu. Der Prävention z.B. gegenüber Cyber-Attacken, gegenüber der gezielten Verbreitung von Fake-News, gegenüber Spionage oder gegenüber Geldwäsche kommt eine erhöhte Bedeutung zu;

4. zu überprüfen, ob und wo ggf. zusätzlich energetische Ressourcen, Lebensmittel, Medikamente oder Ausrüstungsgegenstände bevorratet werden können und müssen, um in Fällen des Katastrophen- oder Zivilschutzfalles schneller, eigenständiger und unabhängiger reagieren zu können. Diese Überprüfung soll sich auch auf die Kapazitäten des Gesundheitsschutzes und zur Unterbringung von Menschen beziehen;

5. die Veränderung der sog. Zivilklausel im Bremischen Hochschulrecht vorzubereiten und bis zum 30. Juni 2022 einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Dieser muss eine angemessene wissenschaftliche Unterstützung, Begleitung und Zusammenarbeit für Projekte einer zukunftsorientierten und zeitgemäßen Sicherheits- und Rüstungspolitik ermöglichen.

Beschlussempfehlung:

Dr. Thomas vom Bruch, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU